Stadt
Schwentinental

Der Bürgermeister

Sachstandsmitteilung Nr.:	**253b / 2026**	**Datum:**	**05.11.2026**
Beratungsart:	**☒ öffentlich**	**☐ nicht öffentlich**	

Beratungsfolge			
Nr.		**Stadtvertretung / Fachausschuss**	**Sitzungstag**
1		**Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur**	
2		**Bildungsausschuss**	
3		**Ausschuss für Umwelt und Verkehr**	
4		**Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen**	
5		**Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung**	
6	**X**	**Hauptausschuss**	**10.12.2026**
7		**Stadtvertretung**	

	nachrichtlich: Junger Rat

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß			
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP: Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion „Gemeinsam vor Ort“ vom 28.10.2026

2. **Sachstand:**

Die Verwaltung beantwortet die vier gestellten Fragen wie folgt:

1. Frage GVO:

Es sollten ja laut Verwaltung Gespräche mit dem Kreis stattgefunden haben, was gemäß Schreiben des Landrates nicht richtig ist. Wir bitten darum, darzustellen, was den BGM bewogen hat, die Problematik des Standortes des Erkunders nicht mit dem Kreis zu thematisieren. Insbesondere bitten wir darum, zu erfahren, warum die Stadt nicht die Gelegenheit wahrgenommen hat, mit dem Kreis Fragen wie eine mögliche Unterstützung des Kreises bei der Unterbringung des Erkunders (Übernahme der Miete/Unterstellkosten, Beteiligung an möglichen Baukosten) zu thematisieren.

Antwort der Verwaltung:
Es hat diverse Rücksprachen zwischen der Stadt Schwentinental und dem Kreiswehrführer in dieser Angelegenheit gegeben. Wie in allen Feuerwehr-relevanten Themen auf gemeindlicher Ebene der Gemeindewehrführer der erste Ansprechpartner für die Verwaltung ist, stellt auf Kreisebene der Kreiswehrführer diesbezüglich den ersten Ansprechpartner für die Stadt Schwentinental dar. Die städtische Verwaltung war immer davon ausgegangen, dass diese Themen dann vom KWF auf Kreisebene mit der Kreisverwaltung thematisiert werden. Nach der Rückmeldung aus der Kreisverwaltung, dass diese Thematik dort nicht direkt angekommen ist, werden wir in Zukunft eine doppelte Kommunikation Richtung Kreis führen. Die Frage nach dem zukünftigen Standort des Reaktorerkunders des Kreises hat nicht die Stadt zu beantworten, der KWF sagte zu, auf Kreisebene dazu lösungsorientierte Gespräche zu führen. An solchen beteiligt sich die Stadt Schwentinental gern. Wie vom Kreis Plön mit Schreiben vom 24.9.2026 vorgeschlagen, wird derzeit seitens der Stadtverwaltung ein entsprechender Abstimmungstermin koordiniert.

2. Frage GVO:

Berichtet wurde seitens des BGM, dass das Ministerium in einer fachlichen Stellungnahme, den Verbleib des Erkunders in Klausdorf für nicht notwendig gehalten haben soll. Wir möchten Sie bitten, uns und der Selbstverwaltung diese fachliche Stellungnahme ungekürzt zur Verfügung zu stellen.

Antwort der Verwaltung:
Hier muss ein Missverständnis vorliegen. Der Bürgermeister berichtete lediglich von Anfragen, die die Stadt beim Ministerium bzw. beim Landesamt hinsichtlich der Gefahrenlage gestellt hat. Aus diesen Antworten ergab sich dann folgerichtig die Nichtnotwendigkeit des Verbleibs des Reaktorerkunders in Schwentinental.

3. Frage GVO:

Berichtet wurde, dass auch der Kreiswehrführer keinerlei Bedenken gegen die Verlegung des Erkunders gehabt haben soll. Wir möchten Sie bitten, uns und der Selbstverwaltung auch diese fachliche Stellungnahme ungekürzt zur Verfügung zu stellen.

Antwort der Verwaltung:
In der SM 156/2025 ist eine solche Stellungnahme des Kreiswehrführers zu finden, aus der hervorgeht, dass die Kommune nicht zur Stationierung eines Kreisfahrzeuges verpflichtet ist. Auch in der BV 97/2026 wird darauf Bezug genommen. Dies entspricht dann auch dem Vorschlag des Kreiswehrführers zum zukünftigen Fahrzeugpark der Schwentinentaler Feuerwehren, in dem kein solches Fahrzeug mehr vorgesehen ist.

4. Frage GVO:

Ist diese Problematik auch der Verwaltungsspitze präsent, sieht sie hier Veränderungsbedarf?

Antwort der Verwaltung:

Die städtische Verwaltung kommuniziert unentwegt mit einer Vielzahl von Partnern und Institutionen. In der Sitzung des Hauptausschusses am 29.10.26 hat der Bürgermeister Stellung genommen zu dem von der GVO dargestellten Vorgang bzgl. der angedachten elektronischen Zahlungsmethode seitens der FF Klausdorf. Aus dieser Stellungnahme ist hoffentlich hervorgegangen, dass es sich um einen verwaltungsinternen Vorgang handelt, der weiter behandelt wird und bei dem eine aus Sicht der Verwaltung optimale Lösung gesucht wird.

Bzgl. der Kommunikation mit dem Kreis bzw. dem Kreiswehrführer (siehe Punkt 1) soll eine doppelte Kommunikation in Zukunft sicherstellen, dass alle wichtigen Beteiligten auch tatsächlich direkt von uns informiert werden.

- Ende der Sachstandsmitteilung -